

Gewerkschaftseinheit als Ideologie oder Wirklichkeit?

Die Frage nach der Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist — daran besteht kein Zweifel — heute neu gestellt!“ Mit dieser Feststellung beginnt Bundesminister *Jakob Kaiser* in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift seine Überlegungen zur Situation der deutschen Gewerkschaften¹⁾. Soweit es um die Kennzeichnung der Sachlage geht, kann man Kaiser nur zustimmen, denn ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder hat diese Frage in der Tat erneut aufgeworfen. Kaiser würde auch recht haben, wenn er deutlicher gesagt hätte, daß die gewerkschaftliche Einheit kein *Selbstzweck* ist, sondern daß sich ihre Bejahung oder Ablehnung von der Beantwortung der Frage her ergibt, ob die *Form* einer einheitlichen Organisation für die Erreichung gewerkschaftlicher *Ziele* zweckmäßig ist oder nicht. Nur sollte Jakob Kaiser verstehen, daß diese Frage sich nicht nur CDU-Gewerkschaftern aufdrängt — um den hier mißverständlichen Begriff „christlich“ zu vermeiden —, sondern daß sie für Sozialisten mindestens von gleicher Bedeutung und Dringlichkeit ist. Leider ist Kaiser in seinem Aufsatz über eine geschichtliche Darstellung des Werdens der Einheitsgewerkschaft kaum hinausgekommen. Es wäre interessanter gewesen, wenn er die tatsächlichen Sorgen der CDU-Gewerkschafter noch einmal präzisiert und in aller Offenheit dargelegt hätte. Soweit es der Einblick gestattet, den Sozialisten in die Einwände der CDU gegenüber den gegenwärtigen Formen gewerkschaftlicher Arbeit haben, soll das hier nachgeholt und zugleich der Versuch gemacht werden, einige für Sozialisten wesentliche Fragen zu erörtern.

Was bedrückt die Gewerkschafter aus der CDU?

Es wäre denkbar, daß bei den der CDU angehörenden Gewerkschaftern Vorbehalte gegenüber den programmatischen Grundsätzen des DGB bestünden. Dafür würde u. a. sprechen, daß sie dem nun wiedereingerichteten Grundsatzausschuß beim Bundesvorstand des DGB große Bedeutung beizumessen scheinen, zumal dessen Aufgabe doch wohl in erster Linie eine Diskussion des gewerkschaftspolitischen Programms sein soll. Solche programmatischen Bedenken wären jedoch schlechterdings unverständlich. Die CDU-Gewerkschafter haben den Münchener Erklärungen des DGB über die Neuordnung von Staat und Wirtschaft im Jahre 1949 zugestimmt, und auf dem letzten Frankfurter Kongreß des DGB ist keine Stimme aus dem Kreise der CDU-Delegierten laut geworden, die an den Ausführungen von *Viktor Agartz* etwas auszusetzen gehabt hätte. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir den von Agartz formulierten Gedanken ohne wesentliche Einschränkungen zustimmen; es geht nur darum, das Fehlen jeglicher Opposition der CDU auf dem Frankfurter Kongreß gegen die Programmrede von Agartz festzuhalten. Weiterhin steht uns bis heute nur das „Ahlener Programm“ der CDU als eine Aussage über das programmatische Wollen dieser Partei zur Verfügung. Wir verraten kein Geheimnis mit der Feststellung, daß sich die praktische Politik der CDU seit Jahren zunehmend von den in Ahlen entwickelten Gedanken entfernt hat; aber schließlich sollte sich die CDU selbst so ernst nehmen, daß sie es uns gestattet, an ihren programmatischen Äußerungen nicht achtlos vorbeizugehen. Das „Ahlener Programm“ aber stimmt weitestgehend mit den Grundsatzklärungen des DGB überein, wie sie auf dem Gründungskongreß in München verabschiedet worden und nach wie vor gültig sind. Zu konstatieren bleibt also, daß nicht das Wollen der Gewerkschaften sich gewandelt, sondern daß die politische Praxis der CDU den gewerkschaftlich orientierten Mitgliedern dieser Partei mehr und mehr klargemacht hat, daß sich heute eine Kluft zwischen dieser Praxis einerseits und den programmatischen Grundsätzen des DGB und des „Ahlener Programms“ der CDU andererseits auftut. Dieser Widerspruch ist nicht, um es noch einmal mit Nachdruck zu sagen,

1) Jakob Kaiser, Zur Frage der Gewerkschaftseinheit, Gewerkschaftliche Monatshefte, Jaaar 1956.

durch die Politik des DGB bewirkt worden, sondern durch die Veränderung in den politischen Zielen der CDU. Das sollte klar sein.

Jakob Kaiser flicht in seinen historischen Rückblick auch den vermeintlichen Gegensatz ein, der sich früher zwischen der von „einem unbedingten Klassenkampfwillen“ geprägten Politik der Freien Gewerkschaften und der nach „sozialer Gerechtigkeit“ strebenden Arbeit der Christlichen Gewerkschaften ergeben habe. Kaiser übersieht dabei, daß dieser Klassenkampfwille sich seinerzeit nicht aus der mutwilligen oder böswilligen Haltung der Freien Gewerkschaften ergeben hat, sondern die einzig mögliche Antwort auf den Klassenkampf war, der von oben gegen die Arbeiterschaft geführt wurde. Ziel des Klassenkampfwillens der Freien Gewerkschaften — der nicht als Ursache, sondern nur als Wirkung verstanden werden kann — war jedoch immer die soziale Gerechtigkeit, die Jakob Kaiser heute für die früheren Christlichen Gewerkschaften allein in Anspruch nimmt. Wir müssen, wenn wir den Tatsachen gerecht werden wollen, dieser Fehldeutung der gewerkschaftlichen Entwicklung widersprechen. Die Bedingungen für die Arbeit der Gewerkschaften haben sich heute sicher weitgehend gewandelt, aber es geht gegenwärtig wie damals darum, es nicht bei einer karitativen Lösung bewenden zu lassen, sondern ein *gewerkschaftspolitisches* Konzept zu entwickeln und durchzusetzen, das eine freie und gerechte Ordnung der Gesamtgesellschaft zum Gegenstand und Ziel hat. Das z. B. ist eine der Bedingungen, auf deren Erfüllung Sozialisten auch in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit nicht verzichten werden.

Ferner ist von Seiten der der CDU nahestehenden Gewerkschafter geltend gemacht worden, die im DGB tätigen Sozialisten machten sich ständiger Verletzungen der weltanschaulichen Neutralität der Gewerkschaften schuldig. Wäre das der Fall, dann hätten wir es hier in der Tat mit einem berechtigten Einwand zu tun. Aber Sozialisten können auch im gewerkschaftlichen Raum den Vorwurf nicht hinnehmen, der moderne Sozialismus sei weltanschaulich einseitig festgelegt oder gar antichristlich. Eine solche These ist nichts anderes als der Versuch, den religiösen Glauben in eine politische Entscheidung zugunsten einer sich christlich nennenden Partei umzumünzen. Wir bestreiten nicht, daß es in der CDU viele und gute Christen gibt, aber die wirklich gläubigen Anhänger ihrer Kirche, die sich zur CDU zählen, werden in einer ernsthaften Diskussion der Meinung kaum widersprechen, daß mit dem Vorhandensein einer sich christlich nennenden Partei nichts über die religiöse Intensität im Leben ihrer Wähler und Anhänger ausgesagt ist. Ebenso wenig ist es erlaubt, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie sei in ihrer *Politik* weniger christlich als die CDU. Das bedeutet natürlich auch, von seiten der Sozialisten den umgekehrten Anspruch gleichfalls nicht erheben zu können. Es ist unzulässig, ein am Christentum orientiertes parteipolitisches Interesse in den Gewerkschaften so oder so auszuspielen zu wollen und mit Hilfe dieser Ideologie weltanschauliche Gegensätze zu konstruieren, die tatsächlich nicht vorhanden sind oder mit Recht keine Rolle spielen.

Es bleibt der zuweilen erhobene Vorwurf, die sozialistischen Gruppen in den Gewerkschaften verfolgten noch immer das Ziel einer revolutionären Änderung der Gesellschaft, die christlichen Arbeitnehmer dagegen strebten lediglich eine Reform der bestehenden Ordnung an. Das ist ein Streit um Worte, denn nach welchen Maßstäben will man Revolution und Reform gegeneinander abgrenzen? Geht es nicht vielmehr um die konkrete Herausarbeitung *der* gesellschaftlichen Tatbestände, die eine begründete Kritik der Gewerkschaften herausfordern und von der Zielsetzung einer freiheitlichen und gerecht geordneten Gesellschaft her verändert werden müßten? Die aus einer solchen Tatbestandsaufnahme sich ergebende Programmatik zu entwickeln, wäre die entscheidende Aufgabe des Grundsatzausschusses der Gewerkschaften, aber sie wird nicht gelöst werden können, wenn man dabei auf Schlagworte wie Revolution oder Reform ausweicht und die wirklichen Probleme durch ideologische Fragestellungen überdeckt. Das gilt für sozialistische und christlich-demokratische Gewerkschafter gleichermaßen. Es besagt deshalb sachlich

gar nichts, wenn Jakob Kaiser feststellt, „Gewerkschaftsarbeit sei nicht auf Revolution, sondern auf Reform gerichtet“. Die Frage bleibt zu beantworten, was gewerkschaftspolitisch notwendig zu tun ist.

Insbesondere von Seiten der vor einigen Monaten gegründeten sogenannten „Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ ist die These vertreten worden, den christlichen Kräften stünden innerhalb der Einheitsgewerkschaft nicht genügend einflußreiche Positionen zur Verfügung, um ihre Auffassungen zum Tragen bringen zu können. Dieses Argument ist das einzig realistische, das wir bisher gehört haben, denn es besagt klipp und klar, daß es seinen Verfechtern um Führungspositionen geht. Der hier verfochtene Anspruch wäre verständlich, wenn sich in den bisher erörterten weltanschaulichen und politischen Fragen der Gewerkschaftsarbeit tatsächlich eine Unterdrückung oder auch nur Benachteiligung christlich denkender Arbeitnehmer gezeigt hätte. Das ist indes nicht der Fall, und somit entbehrt die Forderung nach einer stärkeren personalpolitischen Berücksichtigung von CDU-Politikern in den leitenden Gremien der Gewerkschaften der sachlichen Basis. Wenn sich die von Seiten der CDU geltend gemachten Befürchtungen als gegenstandslos erweisen, dann ist nicht einzusehen, wieso irgendeiner Gruppe innerhalb des DGB auf Grund ihrer besonderen parteipolitischen Auffassungen Vorrechte eingeräumt werden sollten. Jedes Mitglied der Gewerkschaften hat gleiche Rechte und Pflichten, und es ist Sache der demokratisch gewählten Beschlußorgane des DGB und der Industriegewerkschaften, die Führungsgremien nach sachlichen und gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkten zu besetzen. Sonderrechte bestimmter Gruppen sind nicht vereinbar mit dem Prinzip einer demokratischen Meinungsbildung und Entscheidung, sie können in den Gewerkschaften keinen Platz finden. Hier stellt sich nun wirklich die Frage, ob man den Versuch einer Pression so weit treiben kann, daß dadurch die demokratischen Spielregeln der Gewerkschaften außer Kraft gesetzt werden könnten. Für Sozialisten ist ein solches Vorhaben indiskutabel.

Das sollten die der CDU angehörenden Gewerkschafter verstehen, wenn sie sich innerhalb und außerhalb des DGB daranmachen, den parteipolitischen Einfluß der CDU zu festigen. Was würden die führenden katholischen Gewerkschafter im DGB, wie *Jakob Kaiser* und *Karl Arnold*, dazu sagen, wenn die Sozialisten die Gründung der „Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ und das Verbleiben eines anderen Teiles der katholischen Arbeitnehmer im DGB als den durchsichtigen Versuch des politischen Katholizismus bezeichneten, sozusagen auf zwei Klavieren zu spielen? Was würden sie denken, wenn wir ihnen vorhielten, es gehe ihnen im Grunde nicht um eine Einheit der Gewerkschaften, sondern lediglich um den Ausbau des katholischen Einflusses durch das Zusammenspiel katholischer Arbeitnehmer im DGB und in der CGD? Wir sprechen diesen Verdacht nicht aus, weil wir glauben, daß es der großen Mehrheit der mit der CDU sympathisierenden Arbeitnehmer, die dem DGB nach wie vor angehören, um eine gute gewerkschaftliche Arbeit zu tun ist, daß es ihnen weiterhin darum geht, die in Vergessenheit geratenen Grundsätze des „Ahlener Programms“ ihrer Partei zu einer politischen Wirklichkeit werden zu lassen. Aber wenn wir als Sozialisten unseren Kollegen von der CDU dieses Vertrauen entgegenbringen, dann müssen auch wir darum bitten, daß uns überholte und schiefe Fragestellungen erspart bleiben, wie wir sie in den letzten Monaten nur allzuoft gehört haben.

Die Auseinandersetzungen um den politischen Standort des DGB wurden nicht zuletzt dadurch bedingt, daß innerhalb der Gewerkschaften der Begriff der parteipolitischen und weltanschaulichen Neutralität nicht hinreichend geklärt und umrissen ist. Es ist klar und muß selbstverständlich bleiben, daß es nicht Sache der Einheitsgewerkschaft ist, sich einer bestimmten Weltanschauung oder Religion bzw. einer wie immer orientierten politischen Partei zu verschreiben. Eine ganz andere Frage aber ist die, ob die Gewerkschaften in ihrer eigenen Organisation darauf verzichten wollen, selbständig ihre Auffassung zu den

großen, die Arbeitnehmer berührenden Fragen der Politik und der Wirtschaft zu erarbeiten und zu vertreten. Ein solcher Verzicht käme der Selbstaufgabe der Gewerkschaften gleich und kann, wenigstens für Sozialisten, nicht zur Diskussion stehen. Natürlich kann der politische Anspruch der Gewerkschaften nie soweit gehen, das Parlament unter Druck zu setzen oder gar zu nötigen.

Aber es ist Heuchelei, wenn man vom DGB erwartet, sich nicht um die Zusammenarbeit mit *den* politischen Gruppen zu bemühen, die die Anliegen der Gewerkschaften für richtig halten und sich für ihre Realisierung einzusetzen bereit sind. Die amerikanischen Gewerkschaften sollten hier mehr als bisher als Beispiel gelten, wie gewerkschaftspolitische Neutralität verstanden werden muß, auch wenn uns manche gewerkschaftlichen Methoden in den USA überspitzt erscheinen. Solange die Interessenverbände aller Art nicht davon ablassen, durch Wahlspenden oder direkte Mitarbeit in ihnen nahestehenden politischen Parteien Einfluß auf politische Entscheidungen zu nehmen, können auch die Gewerkschaften nicht auf eine Transformation ihrer Ziele in den politischen Raum hinein verzichten.

Wir wollen klar sagen, was wir damit meinen. Die Gewerkschaften sollten — wie es zum Teil schon geschehen ist — allen politischen Parteien ihre Forderungen unterbreiten, und sie müßten sich im Interesse ihrer Mitglieder dann für *die* politischen Gruppen einsetzen, von denen sie annehmen können, in ihnen einen Fürsprecher im Bereich der Politik zu finden. Erklärte sich z. B. die FDP dazu bereit, dann könnte es keine Bedenken geben, etwa Kandidaten dieser Partei zu unterstützen. Zeigen sich aber die Abgeordneten anderer Parteien den gewerkschaftlichen Zielen aufgeschlossener, dann gilt die Hilfe der Gewerkschaften ihnen, selbst dann, wenn es sich dabei um Sozialisten handeln sollte. Wenn die Gewerkschafter in der CDU es nicht fertigbringen, ihre Partei zu einer Förderung beispielsweise der überbetrieblichen Mitbestimmung zu bewegen, dann sind sie im Irrtum, wenn sie daraus folgern, der DGB müsse aus diesem Anlaß dieses sein Ziel eben fallenlassen. Sie sollten sich vielmehr entscheiden, ob sie als Befürworter einer gewerkschaftsfeindlichen Politik der CDU-Mehrheit im DGB arbeiten oder ihre Kraft als Gewerkschafter für die von ihnen mitbeschlossenen Ziele des DGB umgekehrt in ihrer Partei einsetzen wollen. Daß sich dies so klar nicht trennen läßt, ist selbstverständlich, aber es geht hier um den eigentlichen Sinn gewerkschaftlicher Arbeit, ob es sich nun um Anhänger der CDU oder der SPD handelt.

Das alles ist so einfach und einleuchtend, daß man darüber viele Worte eigentlich nicht zu verlieren brauchte. Wenn das trotzdem notwendig ist, so wird darin wiederum die Ungeklärtheit der gewerkschaftlichen Situation sichtbar. Sie zu überwinden, sollte ein Anliegen aller Gewerkschafter sein. Die Gründung der Einheitsgewerkschaft hatte doch nicht den Sinn, einen tönernen Koloß sein Leben fristen zu lassen. Einem Mann wie *Hans Böckler* ging es gerade darum, durch diese Form der einheitlichen und zusammenfassenden Organisation mehr und lebendigere Kräfte für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele zu mobilisieren, als das bei einem Nebeneinander verschiedener Gewerkschaften möglich ist. Diesen Sinn der Einheitsgewerkschaft dürfen wir nicht vergessen; er verpflichtet uns, über der Form die Sache nicht in den Hintergrund treten zu lassen, sondern nach Wegen Ausschau zu halten, wie die Ziele der Gewerkschaften erreicht werden können.

Gewerkschaftspolitik zwischen Ost und West

Es kann für die deutschen Gewerkschaften nie einen Zweifel daran geben, daß ihre gesamte Arbeit nur im Rahmen einer freiheitlichen Demokratie möglich ist. Die konkreten Freiheiten für den einzelnen Menschen im Raum der Politik, der Wirtschaft und des kulturellen Lebens immer realer zu machen, das ist ihre Aufgabe. Wollen sie dieses Ziel nicht aus dem Auge verlieren, dann kommen sie nicht umhin, manche Tendenzen der Entwicklung in der Bundesrepublik mit Besorgnis zu betrachten und sich zu überlegen, was

dagegen zu tun sei. Wir haben uns angewöhnt, die Entwicklung in Westdeutschland allgemein und vergrößernd mit dem Wort „restaurativ“ zu umschreiben. Diese Restauration zeigt sich in der für unsere Demokratie gefährlich einseitigen Ausrichtung des machtpolitischen Geschehens auf die Person des gegenwärtigen Bundeskanzlers, sie wird deutlich in den Versuchen, die Mitbestimmung einer größeren Zahl interessierter und fähiger Menschen durch patriarchalische oder halbfeudale Herrschaftsformen zu ersetzen. Manche Beobachter unseres Staates stellen diese Entwicklung mit Erleichterung als ein Zeichen wachsender Stabilität fest, aber sie dürften sich in einem gefährlichen Irrtum befinden.

Es gibt nicht sehr viele Menchen in unserem Land, die sich für das Schicksal der deutschen Demokratie mit verantwortlich fühlen und entsprechende Pflichten auf sich nehmen. Persönliche Bequemlichkeit, geistige Trägheit und politische Einfallslosigkeit bestimmen das Verhalten und die Vorstellungen der Mehrheit der Bundesbürger. Darüber kann auch die bewegte Diskussion um die Aufstellung westdeutscher und ostdeutscher Streitkräfte nicht hinwegtäuschen; eher bestätigt das verbreitete Desinteresse vieler Menschen in der Bundesrepublik an der Wiedervereinigung Deutschlands diese Diagnose. In dieser Situation kommt einer gesellschaftspolitisch begriffenen Mitbestimmung und Mitverantwortung breiterer Bevölkerungsschichten große Bedeutung zu, und die Diskussion um den Erfolg oder Mißerfolg der bisher entwickelten Formen der Mitbestimmung lenkt ab von der viel entscheidenderen Frage, ob und wie dieser Demokratie ein Fundament kritisch denkender und mitverantwortlicher Staatsbürger gebaut werden kann. Das zu erreichen ist notwendig, wenn die Bundesrepublik als ein Gemeinwesen freier Menschen ihre Glaubwürdigkeit für unsere Landsleute in Mitteldeutschland immer erneut unter Beweis stellen will, wenn die Vorzugswürdigkeit der Demokratie unbestritten bleiben soll. Eine solche Mitbestimmung und Mitverantwortung muß sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens beziehen, sie muß im Betrieb beginnen und in Wirtschaft und Politik ausstrahlen. Wie aber steht es um die Lösung dieser Aufgabe gegenwärtig?

Unsere geruhige Bundesrepublik wurde vor einigen Wochen aufgeschreckt durch die Wahl einer kommunistischen Mehrheit im Betriebsrat der Westfalenhütte in Dortmund. Man suchte die Ursache für dieses Wahlergebnis in Unzulänglichkeiten der Arbeit des bisherigen Betriebsrates und prophezeite eine erneute „Radikalisierung“ der westdeutschen Arbeiter. Manche Betrachter schüttelten verwirrt den Kopf und fanden es unverständlich, daß bei dem hohen Lebensstandard der Arbeiter und angesichts des „deutschen Wirtschaftswunders“ die KPD vordringen könne. Die gleichen besorgten Kritiker wandten sich dann mit hörbarem Aufatmen wieder ihren gewohnten Geschäften zu, als im Januar dieses Jahres die KPD in den Wahlen bei der Weser-AG eine eindeutige Niederlage erlitt.

Uns scheint, daß eine solche labile Haltung am Kern der Sache vorbeigeht. Wir sind der Auffassung, daß die gegenwärtige soziale Lage der Arbeiterschaft nur teilweise richtig eingeschätzt und daß außerdem die ungeklärte innergewerkschaftliche Situation nicht genügend beachtet wird.

Wie sieht es denn mit dem Lebensstandard der Arbeiter tatsächlich aus? Es ist richtig, daß viele Gruppen der Arbeiterschaft ihre soziale Position in den letzten Jahren erheblich verbessern konnten; andere Gruppen haben den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung noch nicht gefunden. Es trifft weiterhin zu, daß der moderne Arbeiter kein unterdrückter Proletarier mehr ist. Der Arbeiter von heute fühlt sich allen anderen Gruppen der Gesellschaft gleichberechtigt, er drängt auf die endgültige und volle Anerkennung seiner sozialen Bedeutung in Betrieb, Wirtschaft und Staat. Eben dieses Anliegen gibt uns einen Hinweis auf die Ursachen der „radikalen“ Neigung vieler Arbeiter in Großbetrieben. Ihnen wurden zwar vielfältige soziale Einrichtungen zur Verfügung gestellt, sie sind frei von den drückendsten Sorgen um Essen und Wohnung, aber den Lebens-

Standard anderer sozialer Schichten haben sie gleichviel noch nicht erreicht. Es ist aber eine Selbstverständlichkeit, daß nicht nur die Unternehmer und Kaufleute ihre sozialen Ansprüche danach bemessen, was sie sich wünschen, sondern daß dies auch die Arbeiter tun. Es geht nicht darum, daß die Arbeiter nicht mehr zu hungern brauchen, sondern es handelt sich für sie um die Erreichung eines für andere Gruppen schon geschaffenen Lebensstandards, der die Annehmlichkeiten unserer Zivilisation auch den Arbeitern bringt. Die Arbeiter wollen ebenso wie andere Menschen ihren Kühlschrank, ihren Fernsehapparat, ihr Motorrad oder ein Auto, eine moderne und zweckmäßige Wohnung haben.

Die Gewerkschaften müssen somit in ihrer Arbeit und in ihren Forderungen ausgehen von einer richtigen Einschätzung der Haltung und der Wünsche der von ihnen vertretenen Arbeitnehmer. Lohnpolitisch und betriebspolitisch gesehen heißt das heute, die gewerkschaftliche Arbeit so einzurichten, daß diese selbstverständlichen Ansprüche der Arbeiter in absehbarer Zeit erfüllt werden können. Dabei geht es jedoch noch um etwas anderes. Vor allem in den Großbetrieben herrscht vielfach trotz sozialer Einrichtungen ein Klima, das durch kühle Zweckmäßigkeit gekennzeichnet ist. Soziale Maßnahmen werden oft nicht um der Menschen willen eingeführt, sondern um deren Leistungsfähigkeit für das Unternehmen zu steigern. Das braucht kein Gegensatz zu sein, aber es kommt entscheidend darauf an, dem Arbeiter die Mitwirkung als gleichberechtigtem Partner in Betrieb und Wirtschaft einzuräumen. Es geht nicht nur um das Geld, das er in seiner Lohntüte mit nach Hause bringt, es handelt sich ebensowohl um das menschliche Klima, von dem das betriebliche Leben bestimmt wird. Auch an dieser Aufgabe können die Gewerkschaften nicht vorbeigehen.

Von gleichem Gewicht für die Lösung all dieser Probleme ist eine Bereinigung der innergewerkschaftlichen Situation. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wäre schlecht beraten, wenn er sich darüber hinwegtäuschen ließe, daß die Anfälligkeit gegenüber dem hier und da spürbaren Einfluß der Kommunisten, insbesondere in der politischen Uninformiertheit der großen Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, begründet ist. Gerade das Beispiel der Westfalenhütte zeigt, daß die Auseinandersetzung mit den Kommunisten nicht mit einem politisch farblosen Programm geführt werden kann, und der Ausgang der Wahlen bei der Weser-AG bestätigt diese Erfahrung in positiver Hinsicht. Wenn sich Kommunisten für soziale Verbesserungen im Betrieb einsetzen, so tun sie das immer im Hinblick auf ihr Ziel einer bolschewistischen Gesellschaftsordnung, nicht um der Sache selbst willen. Das mögen einzelne Kommunisten nicht erkennen, für die KPD als solche trifft es uneingeschränkt zu. Um dieses Spiel durchschauen zu können, braucht die Arbeiterschaft ein politisches Wissen um die Hintergründe der sozialen und politischen Probleme unserer Zeit.

Die Gewerkschaften streben eine freiheitliche und gerechte Gesamtordnung an, aber ihre unklare innere Lage und eine oft falsch verstandene Neutralität haben sie häufig dazu verführt, der Diskussion um diese Fragen im Betrieb aus dem Wege zu gehen oder sie ihren Gegnern zu überlassen. Das muß anders werden, wenn gewerkschaftliche Arbeit auf die Dauer Erfolg haben will und wenn die Einheit der deutschen Gewerkschaften nicht nur der Form, sondern auch der Sache nach erhalten bleiben soll.

Die deutschen Gewerkschaften sind heute, soweit die Mehrheit ihrer Mitglieder in Betracht kommt, auf die Bewältigung solcher Aufgaben nicht hinreichend vorbereitet. Um sie lösen zu können, bedarf es einer innergewerkschaftlichen Selbstverständigung, die den entscheidenden Fragen nicht durch verwischende Formeln auszuweichen sucht, sondern um realisierbare Vorschläge bemüht ist. Wichtig ist es dabei, daß die leitenden Gremien der Gewerkschaften ständig ein genaues Bild von der Situation innerhalb der Arbeitnehmerschaft zur Verfügung haben, eine Tatbestandsanalyse, die es ihnen gestattet, jeweils die Mittel und Wege zu bestimmen, die sich für die Verwirklichung gewerkschaftlicher Ziele als zweckmäßig und gangbar erweisen. *Heinz Seeger* hatte recht, wenn er in seiner

Stellungnahme zum „Fall“ Agartz in der „Welt der Arbeit“ darauf hinwies, es sei Aufgabe eines wissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, *diese* Voraussetzungen für die Gewerkschaftspolitik zu schaffen. Die Verwendung von Ideologie und Wissenschaft nützt den Gewerkschaften nicht, sie läßt nur die Aufgaben und die Verantwortung unklar werden und begünstigt die Tendenzen zu einer organisatorischen Erstarrung der gewerkschaftlichen Arbeit.

Letzten Endes geht es für die deutschen Gewerkschaften darum, gedanklich und praktisch ein Modell für ein freies und wiedervereinigtes Deutschland zu entwickeln, ein Modell, das die totalitäre Herrschaftsstruktur in Mitteleuropa zu widerlegen und zu überwinden in der Lage ist und gleichzeitig die Demokratie zu einem sozialen Gemeinwesen freier Menschen gestalten kann. Dazu bedarf es gewaltiger Anstrengungen, und die Gewerkschaften werden durch das Bestehen und den starken Einfluß ihnen entgegengesetzter politischer Machtgruppen in beiden Teilen Deutschlands nicht von der Mitverantwortung für die Zukunft des ganzen Deutschlands befreit. Ihre Chance, das Gewicht ihrer Überzeugung und ihrer Kraft in die Waagschale zu werfen, ist groß, aber es ist an der Zeit, daß sie sich auf die ihnen gegebenen Möglichkeiten besinnen und ihre Chance nutzen. Vor dieser Aufgabenstellung verblaßt der vermeintliche Gegensatz, der sich heute zwischen den der CDU oder der SPD zuneigenden Gewerkschaftern abzeichnet, und auch in diesen Überlegungen ging es uns nicht darum, Meinungsverschiedenheiten zu vertiefen. Wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine gemeinsame Aufgabe finden soll, dann ist es die, eine gerecht geordnete Gesellschaft freier Menschen durchzusetzen. Über die Wege dazu können und wollen wir immer diskutieren, über dieses Ziel aber sollte es keine Meinungsverschiedenheiten geben.

FRITZ KLENNER

Die Gegenwart ist für den Menschen voller Widersprüche, unklar gewordener Begriffe, in ihrer Bedeutung unterschiedlicher Worte. Einerseits wird die politische und wirtschaftliche Demokratie als Ziel hingestellt, andererseits wird fälschlich so getan, als ob wir beide schon hätten. Wir leben in Wahrheit in einem Zwischstadium, dem des „Sowohl-Als-auch“. Gerade deshalb muß mit aller Deutlichkeit klargemacht werden, daß die Arbeiterbewegung die politische Demokratie errungen hat und sie verteidigt, da sie ihr Bewegungsfreiheit gibt, über die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, der wirtschaftlichen Gleichberechtigung des Arbeiters, zur sozialen Demokratie, der tatsächlichen gesellschaftlichen Gleichberechtigung, zu gelangen.

Demokratie ist nicht nur eine Gesellschaftsform, sondern eine Lebensform; sie bleibt eine abstrakte Angelegenheit, wenn der Staatsbürger sie nicht als seine ureigenste Sache betrachtet und sich in ihr wohl fühlt . . . Dem Bürger von heute muß vorerst die heutige Ordnung schmackhaft gemacht und ihm gelehrt werden, sie zu verstehen und zu nützen. Denn wir werden eine wirkliche soziale Ordnung nur erringen, wenn der Mensch bewußt an ihr Anteil nimmt.